

1. Liberalisierung, Privatisierung und Arbeitsmarkt

Johann Moser

Nationalrat und Wirtschaftssprecher der SPÖ bis 2006

Der neoliberale Ansatz in der Wirtschaftspolitik sollte wieder jenes Maß erreichen, das ihm eigentlich aus unserer Sicht zusteht. Dazu müsste er sehr stark zurückgedrängt werden. Das Buch „Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik“ ist in diesem Sinn eine wichtige Grundlage für unsere sozialdemokratische Bewegung, weil es theoretische und empirische Grundlagen liefert. Solche Publikationen sind gegenwärtig nicht mehr so selbstverständlich, weil die überwiegende ökonomische Literatur in eine ganz andere Richtung geht. Beispielhaft gibt es heute in den Oberösterreichischen Nachrichten ein kleines Interview mit dem Vorstand des Instituts für Höhere Studien (IHS), wo dieser erklärt: „Hundert Jahre Experiment mit dem Staat sind genug.“ Es stellt sich jedoch auch immer die Frage, aus wessen Perspektive ein solcher Ausspruch erfolgt.

Wenn man sich in der Welt umhört, spricht man von Österreich als einem Land, in dem wir alle sehr gerne leben. Auch international stehen wir noch relativ gut da. Aber es gibt Entwicklungen, denen gegenzusteuern ist. Sie kennen die hohe Arbeitslosigkeit, Sie kennen die relativ hohen Konkursraten in diesem Land, aber auch im Wettbewerbsranking fallen wir zurück. Diese Probleme sind evident, daher ist das Hauptthema für uns: Wie können wir agieren, dass es den Leuten in Zukunft besser geht?

Wir in der Sozialdemokratie verfolgen einen Leitspruch, der umgekehrt zum Wahlspruch der Wirtschaftskammer – „Geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut“ – lautet: Wenn es den Menschen gut geht, geht es der Wirtschaft gut. Das ist ein relativ einfacher Ansatz, den wir in unserem Wirtschaftsprogramm auf österreichischer und europäischer Ebene ganz klar ausformuliert haben. Der Ansatz hängt

zentral mit der Nachfrage nach Gütern zusammen. Ganz einfach formuliert: Wenn die Menschen kein Geld im Börsel haben, können sie auch nichts nachfragen, dann kann es auch der Wirtschaft nicht gut gehen. Daher müssen wir aufzeigen, dass sich die Einkommensverteilung in Österreich dramatisch zugunsten der Vermögenden verändert: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.

Dazu ein einfaches Beispiel: Wenn man heute in Linz vor dem Hauptbahnhof einer alleinerziehenden Handelsangestellten mit zwei Kindern 1000 Euro in die Hand drückt, dann muss man fragen, was die Frau mit diesen 1000 Euro machen wird. Na, sie wird sie relativ rasch umsetzen, wird nachfragen, wird die Kinder einkleiden, Grundbedürfnisse stillen. Damit kurbelt sie mit ihren zusätzlichen 1000 Euro die Wirtschaft unmittelbar an. Wenn ich diese gleichen 1000 Euro dem Wirtschaftsminister und Industriellen Bartenstein oder dem Dritten Nationalratspräsidenten und Industriellen Prinzhorn in die Hand drücke, werden die beiden ihre zusätzlichen 1000 Euro irgendwo als Finanzkapital anlegen. Also werden sie die Wirtschaft damit nicht oder kaum ankurbeln.

Eine ausgewogene Verteilung ist daher ein ganz wichtiger Aspekt in einer Volkswirtschaft. Diesbezüglich haben wir für verschiedene Bereiche verteilungspolitische Maßnahmen in unserem Wirtschaftsprogramm formuliert, zum Beispiel die Erhöhung der Negativsteuer.

Ein zweiter zentraler Problempunkt – neben der zu schwachen Nachfrage – ist die Privatisierungspolitik. Linz ist ja eine Stadt, wo früher sehr viel öffentliches Industrieigentum – die Verstaatlichte Industrie – dominierte. Diese Regierung ist unter anderem auch angetreten, wesentliche Industriebeteiligungen zu privatisieren. Das haben sie auch gemacht; die ÖIAG-Beteiligungen sind weitgehend privatisiert. Was seit dem Jahr 2000 aber passiert ist, muss man genau ansehen und aufzeigen, weil Schüssel, Grasser und Co. das immer als großen wirtschaftspolitischen Erfolg verkaufen.

Auf den ersten Blick ist die Situation nach der Privatisierung nicht so schlecht; die Unternehmen stehen gut da und sind gut börsenkapitalisiert.

Ich habe mir auch die Unternehmenszahlen im Jahr 2000 angeschaut und festgestellt: Schon 2000 gestionierten alle 15 Beteiligungen, die damals die ÖIAG hielt, positiv, machten gute Gewinne und führten gute Dividenden ab.

Was hat sich seither geändert? Inzwischen wurden wesentliche Beteiligungen verkauft und deren Wert ist stark gestiegen. Meine Berechnungen ergeben: Alle veräußerten Beteiligungen wurden in der Zwischenzeit um 13,7 Milliarden Euro mehr wert. Durch die Verkäufe wurden aber nur 5,5 Milliarden Erlöst, sodass das österreichische Volk eigentlich um 8,2 Milliarden Euro ärmer geworden ist. Den Vermögenszuwachs haben nicht alle ÖsterreicherInnen bekommen, sondern die KäuferInnen – Investmenthäuser, SpekulantInnen etc. Es wurde eben viel zu billig privatisiert – quasi verschleudert.

Darüber hinaus sind in einigen Bereichen die Entscheidungs-zentralen der privatisierten Unternehmen weg. Die gesetzliche Festlegung, dass die Entscheidungs-zentralen hier im Land bleiben sollen, wurde nicht eingehalten. Dazu zwei Beispiele.

Erstes Beispiel sind die Austria Tabak Werke, ein Konzern, wo es hier in Linz noch einen Betrieb gibt. Hoffentlich noch lange, aber wie es aussieht, ist auch dieser Standort bedroht. Die Konzernzentrale in Wien wurde geschlossen, das Unternehmen von der Börse delistet, Standorte in Fürstenfeld und Schwaz geschlossen.

Zweites Beispiel: Die VA Tech ist als größter österreichischer Technologiekonzern verschwunden, in Siemens Österreich aufgegangen. Und schon beginnt das Delisting von der Börse, die Schließung der Konzernzentrale, der Personalabbau etc.

Das sind Konsequenzen der Privatisierungspolitik dieser Regierung. Nächster Punkt: Es wurde groß angekündigt, dass mehr Arbeitsplätze entstehen werden. Auch das habe ich nachgeprüft. Sogar bei der voestalpine, wo man am ehesten erwartet hätte, dass im Inland neue Arbeitsplätze entstehen, stagniert der Beschäftigtenstand, ja er geht sogar leicht zurück. Bei den anderen privatisierten Unternehmen geht der Beschäftigtenstand im Inland sehr stark zurück – wie z. B. bei der Telekom AG.

Jüngstes Beispiel ist die geplante Energieallianz zwischen OMV und Verbund AG. Was auch passiert, diese Merger-Mania (diese Verschmelzungshysterie) hat jetzt auch auf Österreich übergegriffen. Wir kennen das Modell noch nicht im Detail, aber im Grunde weiß man aus der Erfahrung: Nach solchen Verschmelzungen gibt es in der Regel weniger Arbeitsplätze im Inland als vorher, und viele solcher Fusionen sind überhaupt Misserfolge. Zwei Drittel solcher Verschmelzungen sind nach internationalen Erfahrungen nicht erfolgreich. Auch hier soll ein Weg eingeschlagen werden, von dem man sagt, man werde international dazu getrieben, man will ein Global Player sein. In Wirklichkeit steckt oftmals nur geschäftliches Interesse von Investmentbanken, Ranking-Agenturen oder von Rating-Agenturen dahinter. Ich befürchte, dass wir jetzt auch in Österreich im Energiebereich dabei sind, in diese Falle zu gehen. Das Modell wird heute Mittag präsentiert. Aber auf jeden Fall ist die Konsequenz, dass die gesetzliche 50-Prozent-Beteiligung der öffentlichen Hand an der Verbund AG zu wackeln beginnt. Das ist ein sehr indirekter – quasi versteckter – Weg, die Privatisierung voranzutreiben. Doch dazu braucht man die SPÖ im Parlament, weil es eine Zwei-Drittel-Entscheidung sein muss. Unser Widerstand wird groß sein.

Was ist die allgemeine Tendenz nach den Privatisierungen? Arbeitsplätze werden verlagert, die Gewinne steigen, ManagerInnengehälter nehmen drastisch zu und die Mit-

arbeiterInnen werden gekündigt. Das sind die Folgen, die bei ungebremster Privatisierung erkennbar sind. Unser sozialdemokratischer Ansatz ist daher: Wir brauchen einen starken öffentlichen Kernaktionär für Leitunternehmen, damit zumindest sichergestellt ist, dass die Unternehmensentscheidungen im Inland fallen.

Bei Versorgungsbetrieben ist eine öffentliche Mehrheit sicherzustellen. Hier geht es – etwa im Strombereich – um die Bedienung öffentlicher Interessen. Das kann man nur durch eine starke öffentliche Eigentümerschaft schaffen.

Ein weiterer Punkt ist mir noch ein großes Anliegen. Die Arbeitslosigkeit ist ein Kernthema, das uns sehr beschäftigt, wo aber in den letzten Jahren nicht wirklich viel getan wurde. Wir stehen sogar im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht da, aber unsere Position hat sich verschlechtert. Für uns ÖkonomInnen ist die Veränderung interessant, nicht so sehr die absolute Zahl. Das ist u. a. darauf zurückzuführen, dass zu wenig investiert wird: von den Privaten, aber auch vom Staat. Das WIFO hat ausgerechnet, dass über die letzten Jahre im Durchschnitt um einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts weniger investiert worden ist. Das sind immerhin zweieinhalb Milliarden Euro, ein beträchtlicher Betrag, der auch beschäftigungswirksam wäre. Man sieht ja, wenn man nach Osteuropa fährt, dass die hochwertigen Straßen- und Schienenanschlüsse immer noch nicht fertig sind.

Oder die Energiewirtschaft: Sie hat in den letzten fünf, sechs Jahren nur bescheiden investiert; es gibt schon Stromversorgungsengpässe im Süden von Österreich. Da fehlen Kraftwerke, weil der Verbund Kraftwerke geschlossen und keine neuen gebaut hat. Der Ausschüttungsdruck und gewinnabhängige Entlohnungen für das Management führen zu kurzfristigen Rationalisierungen auf Kosten von mittelfristigen Investitionen.

Es ist sehr wichtig, dass man die öffentliche Nachfrage stärkt, am besten mit Infrastrukturinvestitionen im Verkehrs-, Energie- und Informationsbereich. Zwei Effekte werden erreicht: Erstens werden rasch Arbeitsplätze geschaffen, und zweitens wird die notwendige, qualitativ hochwertige Infrastruktur mittelfristig sichergestellt.

Mein letzter Punkt: Liberalisierung und Globalisierung – dafür steht u. a. die Welthandelsorganisation (WTO). Ich war jetzt zwei Mal bei diesen Konferenzen dabei, das letzte Mal in Hongkong. Es ist erstens erkennbar, dass Österreich bei der WTO als Teil der EU auftritt, der EU-Einzelstaat ist also nicht mehr erkennbar. Zweitens gibt es dort leichte Tendenzen einer Besserung in Richtung sozialer und ökologischer Einsicht. Und zwar nicht, was die WTO betrifft, sondern was die vorgelagerten Parlamentarierdelegationen betrifft. Ich habe beim ersten Mal vor zwei Jahren versucht, in die Deklaration der ParlamentarierInnen ökologische und soziale Mindeststandards hineinzureklamieren. Aber das war damals beim Großteil der ParlamentarierInnen noch kein Thema. Diesmal hingegen ist es gelungen, dass zumindest ökologische Mindeststandards berücksichtigt wurden. Sozialstandards muss es aber das nächste Mal geben. Das ist ein Thema, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Ich bin frohen Mutes, dass die Entwicklung langsam in die richtige Richtung geht, und ich bitte auch euch, diese Botschaften hinauszutragen und von dieser Veranstaltung das mitzunehmen, was wir für unsere politische Bewegung brauchen.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at